

Fahrlässige Brandstiftung: Frau muss 1.350 Euro Strafe zahlen!



Heute, am 10. April 2025, wurde ein Urteil gegen eine 32-jährige Bewohnerin einer Flüchtlingsunterkunft am Amtsgericht Greifswald gefällt. Sie wurde wegen fahrlässiger Brandstiftung verurteilt. Der Vorfall ereignete sich in der Nacht vom 3. auf den 4. Juni 2024, als die Angeklagte eine Kerze anzündete, da das Licht im Haus nicht funktionierte. Dabei fing eine Matratze Feuer, was zu einer massiven Rauchentwicklung führte. Neun weitere Bewohner erlitten Rauchgasvergiftungen und mussten ins Krankenhaus gebracht werden.

Die Verurteilung hat zur Folge, dass die Angeklagte eine Geldstrafe von 1.350 Euro (90 Tagessätze à 15 Euro) zahlen muss. Der Sachschaden, der durch das Feuer entstand, beläuft sich auf über 28.000 Euro für das Gebäude und die Inneneinrichtung. Mildernde Umstände wurden bei der Urteilsfindung berücksichtigt, darunter die Tatsache, dass die Habseligkeiten der Frau verbrannten und dass sie in erster Linie

die Gesundheit ihrer Kinder nicht gefährden wollte. Dennoch wurde auch festgestellt, dass die Angeklagte um die Risiken von offenem Feuer hätte wissen müssen.

Weitere rechtliche Aspekte und mögliche Konsequenzen

Die Staatsanwaltschaft hatte ursprünglich eine Freiheitsstrafe von sechs Monaten auf Bewährung gefordert. Die Verteidigung plädierte für ein mildes Urteil, da eine Haftstrafe das Asylverfahren der Frau beendet hätte. Ein Haftbefehl liegt zudem bereits in ihrem Heimatland vor. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, und während die Verteidigung auf eine Revision verzichtet, prüft die Staatsanwaltschaft noch das weitere Vorgehen.

Dieser Vorfall steht in einem größeren Kontext, der in ähnlichen Fällen von Brandstiftung in Flüchtlingsunterkünften in der Region sichtbar wird. So forderte die Staatsanwaltschaft in einem anderen Fall, der am 19. Oktober 2022 in Groß Strömkendorf bei Wismar stattfand, sieben Jahre und sechs Monate Haft für einen 33-jährigen Feuerwehrmann. Dieser steht im Verdacht, das Reetdach eines Flüchtlingsheims absichtlich in Brand gesetzt zu haben, wodurch das Gebäude bis auf die Grundmauern niederbrannte. Glücklicherweise konnten sich 14 Bewohner und drei Betreuer unverletzt retten.

Bei diesem Feuerwehrmann wurden zudem Beweise gefunden, die seine Beteiligung an weiteren sechs Bränden in der Region seit Mai 2022 untermauern. Zeugen berichteten von seiner permanenten Nähe zu den Brandorten, während die Verteidigung einen Freispruch beantragte und die Beweise als unzureichend bezeichnete. Diese Reihe von Vorfällen hat bundesweit Besorgnis ausgelöst, insbesondere nachdem an einem Schild vor dem betroffenen Flüchtlingsheim ein Hakenkreuz geschmiert wurde, was ersten Verdacht auf einen fremdenfeindlichen Anschlag aufwarf. Prominente Politiker, darunter Bundesinnenministerin Nancy Faeser und

Ministerpräsidentin Manuela Schwesig, haben das Dorf nach diesem Ereignis besucht.

Die beiden Fälle verdeutlichen die Herausforderungen, mit denen Flüchtlingsunterkünfte in der Region konfrontiert sind, sowohl in Bezug auf die Sicherheit der Bewohner als auch auf die rechtlichen Auseinandersetzungen, die dies mit sich bringt. NDR berichtet, dass die Brandursache im aktuellen Fall der 32-jährigen Frau bisher unklar bleibt und weitere Nachforschungen nötig sind.

Ein solches Urteil und die damit verbundenen Umstände werfen Fragen auf, die weit über die juristischen Dimensionen hinausgehen, und betreffen die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in der Region.

Für weitere Informationen über den Fall der Angeklagten verweist NDR auf die vollständigen Details und Statistiken. Im Fall des Feuerwehrmannes berichtete n-tv über die schwerwiegenden Anschuldigungen und den Kontext der Brände in der Region. Der Rechtsstreit um die Umstände dieser Brände wird sicherlich von der Öffentlichkeit und den Behörden genau verfolgt.

Statistische Auswertung

Ort: Frankfurt (Oder), Deutschland

Beste Referenz: radioeins.de

Weitere Infos: de.m.wikipedia.org

[Zum Originalartikel auf News-ag.com](http://News-ag.com)